

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/184

Bonn, den 10. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Die Tore offen halten</u> Nach dem Staatsbesuch de Gaulles	93
3	<u>Notwendig und nützlich</u> Informationsgespräche zwischen Sozialisten Europas und des Commonwealth	35
4	<u>Eine bemerkenswerte Geschichte</u> Der Karikaturist und der Bundeskanzler	28
5 - 6	<u>Kommt eine weibliche Arbeitsdienstpflicht?</u> Falscher Alarm um die Nächstenliebe Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	78

Chefredakteur Günter Markscheffel
(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Die Tore offen halten

Nach dem Staatsbesuch de Gaulles

Der - Unvergessliche Stunden haben die vielen hunderttausende von Menschen erlebt, die Zeugen des triumphalen Empfangs für den französischen Staatspräsidenten de Gaulle waren. Seine Reise durch die Bundesrepublik glich einem Triumphzug, wie ihm noch keinem ausländischen Staatsoberhaupt beschieden war. Die deutsch-französische Aussöhnung und Freundschaft ist eine Realität, die Gegenwart und Zukunft Europas prägt. Sie ist keine Angelegenheit der Nur-Politiker, kein Vertragskunstwerk, ausgeklüngelt zwischen Staatskanzleien. Sie hat sich tief in den Herzen beider Völker verankert, wird als kostbares Geschenk empfunden. De Gaulle wußte die Menschen zu packen und in seiner Reise fand ein Werk einen krönenden Abschluß, an dem frühere Generationen gescheitert sind.

Es bedurfte erst der furchtbaren Folgen zweier beide Völker erschöpfender Weltkriege, ehe sie den Weg zueinander und für eine gemeinsame Zukunft fanden. Der letzte deutsche Kaiser beschimpfte einst die deutschen Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen, stellte sie außerhalb der deutschen Nation, weil sie die visionäre Kühnheit besaßen, in unserem westlichen Nachbarvolk nicht den "Erbfeind", sondern den Verbündeten im Kampf um die Überwindung des Nationalismus zu sehen. Der große französische Sozialistenführer Jean Jaures fiel am Vorabend des ersten Weltkrieges den Kordkugeln von Chauvinisten zum Opfer, weil er bis zum letzten Atemzug versucht hatte, der Welt die Tragödie des ersten Weltkrieges zu ersparen. Zwischen Frankreich und Deutschland wird es keinen Krieg mehr geben - wer vermag sich der geschichtlichen Bedeutung dieser Tatsache zu entziehen? Für die junge Generation beider Völker ergibt sich ein unübersehbares Betätigungsfeld zur Erprobung ihrer Kräfte im friedlichen Wettstreit, zu ihrem Wohl und zum Wohl Europas.

Die Wogen stürmischer und ungehemmter Begeisterung, die dieser Besuch in unserem Volke ausgelöst hat, werden verblassen und den nüchternen Überlegungen des Alltags und der praktischen Politik wieder Raum geben. Was zwischen den beiden Staatsmännern in vertraulichen Gesprächen an möglichen Richtlinien für ein gemeinsames Verhalten beider Regierungen in der Zukunft festgelegt wurde, entzieht sich zunächst der Kenntnis der Öffentlichkeit. In der allgemeinen Zustimmung und Freude unserer Verbündeten für die endgültige Besiegelung der deutsch-französischen Freundschaft - für manchen noch ein erstaunenswertes Phänomen - finden sich auch Elemente der Sorge und kaum verhüllter Befürchtungen.

Das Gespenst eines deutsch-französischen Übergewichts in Europa im Verhältnis zu seinen Nachbarn taucht auf. Ein noch so enges deutsch-französisches Bündnis ist kein und kann kein Ersatz für eine der kommunistischen Herausforderung gewachsene, ihr auf allen Ebenen adäquate Politik sein. Die Kräfte der Bundesrepublik und Frankreichs reichen dazu nicht aus. Erst die wirtschaftliche Einheit Europas einschließlich Großbritanniens sowie die Herstellung einer auf volle Gleichberechtigt-

gung begründeten Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten allein bietet die Gewähr, den Westen in sich zu festigen und auf diese Weise die Voraussetzungen für den Frieden zwischen West und Ost zu schaffen.

In der Entschließung des Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa, dem der letzte Satz entnommen wurde, heißt es ferner:

Wird dieser schwierige und vielleicht auch langsame Weg, der jedoch unvermeidbar ist und mit Sicherheit zum Ziele führt, nicht beschritten, so bleibt nach Ansicht des Komitees für unsere getrennten Länder nur ein Weg der Abenteuer sowie die Aufrechterhaltung jenes Gefühls der Überlegenheit und des Machtstrebens, die gestern Europa beinahe ins Verderben geführt haben und jetzt die ganze Welt mit in den Abgrund reißen könnte.

Das politische Gewicht dieser Feststellung ergibt sich aus der Zusammensetzung dieses Komitees. Es umfasst hervorragende Vertreter der sozialdemokratischen Parteien, der christlich-demokratischen Parteien, der freien und christlichen Gewerkschaften in den EWG-Staaten. Sie repräsentieren die politische Willensbildung in diesen Ländern und sind von keiner Regierung zu überschauen.

Der Beitritt Großbritanniens in die EWG und seine Aufnahme in die zu erstrebende politische Union finden in Adenauer und in den französischen Staatspräsidenten keine, um es gelinde zu sagen, enthusiastischen Befürworter, sie empfinden sie mehr oder weniger als lästig. Hier wird es an den politischen Kräften beider Länder liegen, darauf zu dringen, daß alle Hindernisse auf dem Weg zum Bau eines umfassenden Europa beseitigt werden und die Tore für alle offen bleiben, die daran mitarbeiten wollen. Erst ein auf solider Grundlage stehendes und in Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten befindliches Europa wird in der Lage sein, dem alles beherrschenden Ost-Westkonflikt seine bedrohliche Schärfe zu nehmen und Energien zu entfalten, an denen der kommunistische Expansionsdrang zerschellen wird.

Die deutsch-französische Freundschaft, so überwältigend bekundet in den letzten Tagen, kann nur eine Etappe auf dem Wege zur Erreichung dieses Zieles sein, niemals jedoch Endzweck.

+ + +

Notwendig und nützlich

E.D. - Anlässlich der Konferenz der Regierungschefs des Commonwealth in London fand eine Zusammenkunft von sozialdemokratischen Politikern aus den Commonwealth-Ländern mit führenden Vertretern der britischen Labour-Party statt. An diese Begegnung schloß sich ein Informationsgespräch mit führenden Sozialdemokraten des europäischen Kontinents an, in dem die Probleme eines Beitritts Großbritanniens zur EWG erörtert wurden. Dieses Gespräch war ohne jeden Zweifel notwendig und nützlich.

Alle Beteiligten waren sich natürlich über gewisse Probleme und Schwierigkeiten im klaren, die sich aus einem Beitritt Großbritanniens zur EWG für eine Reihe von Mitgliedstaaten des Commonwealth ergeben. Die europäischen Sozialdemokraten konnten jedoch ihren Freunden aus dem Commonwealth Wege aufzeigen, wie bei einer ernsthaften Bereitschaft auf Seiten aller Regierungen bestimmte Schwierigkeiten gemeistert werden können.

Das Informationsgespräch zeigte unter anderem, daß wesentliche Zielsetzungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft einer besseren und intensiveren Kenntnisnahme bedürfen, als dies bislang der Fall gewesen ist. Nicht zuletzt ist dies eine der Aufgaben, die der britischen Regierung bei der jetzigen Commonwealth-Konferenz zufällt. Was die Begegnung der europäischen Sozialdemokraten mit ihren Freunden aus dem Commonwealth kennzeichnete, war das gute und sachliche Klima, in dem die Gespräche geführt wurden. Auf allen Seiten war die Bereitschaft vorhanden, die Sorgen des anderen zu verstehen und zu versuchen, einen gemeinsamen Weg zu finden. Die EWG ist eine Gemeinschaft von Staaten und Völkern geworden, zu der sich die Sozialdemokratischen Parteien von sechs Ländern Europas bekennen. Wesentlich für den Ausbau und das erfolgreiche Wirken dieser Gemeinschaft aber ist auch die Zugehörigkeit Großbritanniens und weiterer europäischer Staaten. Diese Auffassung vertrat Erich Ollenhauer mit allem Nachdruck. Seine Ausführungen waren für die sozialdemokratischen Vertreter der Commonwealth-Länder eine wertvolle Information zur Klärung ihrer eigenen Standpunkte. Damit aber hatte die Begegnung in London ihren Zweck erfüllt. Nun kommt es darauf an, daß die Regierungen in ihren Beratungen den gleichen Geist der Offenheit und Freundschaft walten lassen.

Eine bemerkenswerte Geschichte

sp - Eine bemerkenswerte Geschichte: ein ehrbarer Bürger der Bundesrepublik äußert über den Bundeskanzler, daß dieser das Volk in einer wichtigen Lebensfrage belogen habe - dem Bundeskanzler wird's hinterbracht, er stellt Strafantrag wegen Beleidigung - der Beschuldigte wird dreimal richterlich vernommen, danach erhält er von der Staatsanwaltschaft den schriftlichen Bescheid, daß das gegen ihn eingeleitete Verfahren eingestellt worden sei. So hat also der Bundeskanzler in der Tat gelogen? Dies war es, worum es ging:

In der Münchener "Süddeutschen Zeitung" erschien eines Tages aus der flotten Feder von Ernst Maria Lang eine Karikatur, die den Bundeskanzler zum Gegenstand hatte. Alle Leser der Zeitung waren amüsiert, nur e i n e r erboste sich. Er schrieb einen Protestbrief an die Zeitung. Ernst Maria Lang, seines Zeichens freischaffender Architekt und zu der bekannten Familie der Oberammergauer Passionsspieler gehörend, antwortete darauf. Was er schrieb, war temperamentvoll und enthielt unter anderem den Satz, daß der Bundeskanzler in der wichtigen Lebensfrage der Aufrüstung "gelogen" habe. Das brachte ihm den Strafantrag wegen Beleidigung ein.

Ernst Maria Lang nahm sich einen Anwalt, der etwas vom Handwerk im allgemeinen und von Dr. Adenauers Finessen im besonderen versteht, und begründete bei seinen richterlichen Vernehmungen, was er geschrieben hatte so treffend, daß die Staatsanwaltschaft in München die Aussichtslosigkeit einer Anklage einsehen mußte. Nach reiflicher Überlegung von vielen Monaten kam sie zu dem Entschluß, die Finger von der Sache zu lassen und das Verfahren einzustellen.

Kommt eine weibliche Arbeitsdienstpflicht ?

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Alle demokratischen Parteien in der Bundesrepublik bejahen den Willen zur Landesverteidigung. Diese Übereinstimmung glauben konservative Politiker zur Aufwärmung alter NS-Muster über den jugendlichen Arbeitsdienst ausnutzen zu können. Als Fürsprecher für eine weibliche Dienstpflicht tritt vor allem Theologieprofessor Dr. Helmut Thielicke, Hamburg, hervor. Ende 1961 verlangte er in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", daß weibliche Studierende vor dem Besuch der Universitäten erst ein Pflegedienstjahr absolvieren sollten. Zur Begründung dieser "Notmaßnahme" wirft er die ethische Idee des Dienenslernens und der Unterordnung in die Waagschale. Hinzu tritt als direkt sichtbarer Grund der Mangel an Arbeitskräften in der Hauswirtschaft. Seit 1954 verliert sie jährlich rund 25 000 Hausgehilfinnen, weil die Mädchen in anderen Berufen bessere Arbeitsbedingungen und größere persönliche Freiheit finden. Im Jahre 1882 arbeiteten von 100 deutschen Frauen noch 40 in Haushaltungen. Gegenwärtig, im Jahre 1960, betrug diese Zahl nur noch rund acht!

Man übersieht bei diesem Ruf nach dem fehlenden Diensträdchen, daß es in anderen Berufsgruppen auch an Hilfs- und Fachkräften mangelt, ohne daß man deswegen ein Jugenddienstjahr einführen müßte. Soweit es sich um die Tätigkeit in Krankenhäusern, Altersheimen oder Kindergärten handelt, wäre der Gedanke einer weiblichen Dienstpflicht noch diskussionsfähig. Nicht zu erwägen ist er für die Arbeit in privaten Haushaltungen. Wenn diese den übrigen Wirtschaftszweigen entsprechende gleichwertige Arbeitsbedingungen bieten, werden sie in einer liberalen Wirtschaft immer genügend Mithelfer finden können. Die demokratische Gleichberechtigung der Geschlechter kann nicht dahingehend ausgelegt werden, daß man der Wehrpflicht des jungen Mannes eine Arbeitsdienstpflicht des Mädchens gegenüberstellt. Unser Grundgesetz vernetzt ausdrücklich eine solche schematische Gleichschaltung der beiden Geschlechter. Man tut einem demokratischen Staat einen schlechten Gefallen, wenn man in der Jugenderziehung der Idee des "Nurverdienens" die Idee des "Nurdienens" gegenüberstellt. Im Vordergrund

bleiben sollte immer der Gedanke des Lernens, der Bildung und der Entfaltung zu hochwertiger Berufsarbeit und Persönlichkeit. Das Aufpumpen der sozial vielfach rückständigen Hauswirtschaft mit Hilfe von gesetzlich erzwungener Mächtigstenliebe wäre ein verhängnisvoller politischer Fehler in unserer demokratischen Ordnung.

Verfassungsfeindlichkeit der Arbeitsdienstvorschläge

Es ist unbegreiflich, wie die Befürworter einer Arbeitsdienstpflicht für Mädchen so einfach den eindeutigen Bestimmungen des Grundgesetzes in dieser Dienstfrage widersprechen können. Im Artikel 12 unserer demokratischen Staatsverfassung heißt es:

- 1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.
- 2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen, allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
- 3) Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Fall verwendet werden.
- 4) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Die Pflichtarbeit in einem Haushalt widerspricht eindeutig der freien Berufswahl des 1. Absatzes von Artikel 12 GG. Im 2. Absatz wird jeder Arbeitszwang abgelehnt und nur der Wehrdienst zur Ausnahme erklärt. Ein hauswirtschaftlicher Arbeitsdienst kann nicht als "herkömmliche, öffentliche" Dienstleistungspflicht angesehen werden. Mit Ausnahme im Dritten Reich hat es früher nie eine einseitige weibliche Arbeitsdienstpflicht gegeben.

Zwangsarbeit als Notzustand

Die Fanatiker lassen nicht locker, um unsere freiheitliche Ordnung in ihrem reaktionären Sinne einzuschränken. Im geplanten "Notstandsgesetz" von 1960/61 sieht man in Absatz 4, Nr. 2 für die Dauer eines "Ausnahmestandes" die Außerkraftsetzung der Grundrechte des Artikels 12 vor. Wie das Bundesministerium des Inneren dazu bemerkte, darf die Staatsgewalt namentlich im Verteidigungsfalle nicht in den Forderungen nach Dienstleistungen behindert werden. Mit Hilfe derartigen Notstandsklauseln rückt also die Verwirklichung des weiblichen Arbeitsdienstes in greifbare Nähe.

Niemand zweifelt daran, daß es nützlich und wertvoll ist, wenn jedes Mädchen auf seine Aufgabe als Ehefrau mit Haushalt und Kindern vorbereitet wird. Dazu bieten sich jedoch zahlreiche Wege in völliger Freiwilligkeit. Von Schule und Elternhaus ganz abgesehen, bieten freie Wohlfahrtsverbände, Volkshochschulen und das "Sozialjahr" der Kirchen und Klöster jede dienstbezügliche Bildungsmöglichkeit. Gute Arbeitsbedingungen im Pflegeberuf schaffen anstatt Abneigung neue Sympathien für diesen Beruf. Staatlicher Dirigismus für die Ausbeutung unreifer weiblicher Arbeitskräfte ist davon konsequent abzulehnen.